

Neue Freie Presse

Morgenblatt.

Ankündigungs-Bureau:
Stadt, Wollzeile 20, Inserationspreis nach Tarif, Inserate
Abrechnung: Witsch, Ann.-Exp. in Prag und
Böhmisch; J. A. Kienreich, Inseraten-Exp. in Graz;
L. Blozner, Annonce-Expédition in Budapest
und Agram; in Asien: Société Européenne
de Publicité, 10, rue de la Victoire in Paris;
Hindolff-Mose in Berlin, München, Leipzig;
Haseenbain & Vogler in Hamburg, Berlin,
Frankfurt a. M., Basel, Heinrich Kienrich
Ann.-Exp. in Hamburg; Orell, Füssli & Co. in
Zürich u. Basel; Vertreter für Deutschland,
Frankreich, England, Italien etc.: Saarbachs News
Exchange, Mainz und Köln a. Rh.
Abonnement für Wien:
Mit Zugl. zweimal, Zustell. ins Haus: Monatl. K. 5.-
Zum Abholen im Hauptverlage Wollzeile 20 oder
Fichtengasse 11: Ganzj. K. 52.50, monatl. K. 4.40.
Einseln: Morgenblatt 10 H., Abendblatt 6 H., Nach-
mittagblatt am Montag und nach zwei Feiertagen 10 H.
Für Deutschland: Morgens- u. Nachmittagsblätter
einzelne: alle zu 50 Pf.
Abendblatt allein je 15 Pf.

Nr. 18967. Wien, Dienstag, den 12. Juni

Die Schlacht an der Tiroler Front. Abweisung der italienischen Angriffe.

Wien, 11. Juni.
Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der
italienische Infanterieangriff an der Tiroler Front
kam gestern ins Rollen. Am 7. Juni begann die Artillerie-
vorbereitung, die einsetzte mit einem ebenso mächtigen wie
orgafälligen Wirkungseffekt aus vielfach erst für diesen
Kampf zusammengezogenen Batterien.
Am 10. Juni schwoll das Artilleriefener heftigst an,
um am nächsten Tage den Infanterieangriff auszulösen.
Dieser richtete sich gegen jene Räume, die wir
unter anderem Ende Mai des Vorjahres im
raschen Siegeszuge erobert hatten.
Es sind dies das im jetzigen Kampfbereich noch breit
ausladende Sugauer Tal, das gegen 1900 Meter an-
steigende Zebiomassiv, schließlich unsere das
Siagobeben beherrschenden Stellungen. Das Gebiet
liegt außer in der Balsugana auf ehemals italienischem
Boden. Nicht wundern darf es uns daher, daß gerade dies
als Kampfgelände von den Italienern gewählt wurde.
Überall waren des Italiener blut-
reiche Angriffe vergebens. Meist brachen sie
erweislich vor unseren Linien im Feuer der Artillerie und
unserer Maschinengewehre zusammen. Nordwestlich
Siago, wo der Feind in unsere Stellungen eingebrochen
war, warf ihn unsere tapfere Infanterie in schneidigem
Gegenstoß hinaus.

Die spanische Ministerkrise.

Übernahme der Kabinettsbildung durch Dato.
Madrid, 10. Juni.
Die Agence Havas meldet: Garcia Prieto teilte
mit, daß er dem Herrscher für den Beweis des Vertrauens
auf, aber die Kabinettsbildung ablehne.
Darauf wurde Dato in den Palast berufen.
Madrid, 11. Juni.
Das Reutersche Bureau meldet: Dato hat die
Bildung des neuen Kabinetts über-
nommen.

Berichte der verbündeten Generalstäbe.

- Meldung des österreichisch-ungarischen Generalstabes:**
Amtlich wird verlautbart: „11. Juni 1917.
Östlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.
Unverändert.
Italienischer Kriegsschauplatz.
Der bereits seit einiger Zeit erwartete Angriff der
italienischen Armee auf der Hochfläche der Sieben Ge-

Eine Mehrheit im Herrenhause für die deutsche Verkehrssprache.

Hundertachtzehn Stimmen für den Antrag Klein.
Wien, 11. Juni.
Die deutsche Verkehrssprache hat eine Mehrheit im
Herrenhause. Die Verfassung hat bereits ein Alter von vielen
Jahrzehnten, niemals haben jedoch Abstimmungen über die
Sprachenfrage ein solches Ergebnis gehabt und niemals ist
dieses Bedürfnis des Staates von einer parlamentarischen
Mehrheit anerkannt worden. Es war eine besonders ein-
dringliche Kundgebung, als sich für die Erhaltung der
deutschen Verkehrssprache die Generale und Würdenträger
erhoben, die während ihrer Dienstzeit an den täglichen
Arbeiten des Kaisers Franz Josef unmittelbar teilgenommen
haben. Volfras und Schießl, die Namen sind Wegweiser
durch eine Vergangenheit, reich an seltenen Erfahrungen und
tiefen Einsichten. Die Präsidenten der drei obersten
Gerichtshöfe von Oesterreich, der in beiden Häusern des
Parlamentes verehrte Präsident des Reichsgerichts Doktor
v. Grabmayr, der Präsident des Obersten Gerichtshofes
Freiherr v. Ruber, der Präsident des Verwaltungsgerichts-
hofes Freiherr v. Schwarzenau stimmten für die Erhaltung
der deutschen Verkehrssprache. Der schlichtenbewährte Feld-
herr Dankl war für den Antrag, den Dr. v. Grabmayr als
Vorfürher der Linken des Herrenhauses stellte und der, über
den Vorschlag der Mittelpartei hinausgehend, den Beschluß des
Abgeordnetenhauses über die Geschäftsordnung zu ändern
sollte, daß die Vielsprachigkeit der Protokolle nicht hätte
durchgeführt werden können. Für die deutsche Verkehrs-
sprache waren viele gewesen Minister, der Staat selbst schien
durch hervorragende Staatsdiener zu sprechen, die ihn nicht
bloß von außen, sondern auch von innen kennen und
führende Persönlichkeiten in der Verwaltung gewesen sind
wie der frühere Statthalter von Niederösterreich Graf Kiel-
mansegg. Es war eine Heerschau über die Vertreter prakti-
scher Lebensanschauung in der Verwaltung, über Generale,
die mit den Bedürfnissen der Armees genau vertraut sind,
über Männer, die vielfach große Verantwortungen zu tragen
hatten. Spürlos wird ein solcher Tag nicht bleiben.
Viel hat nicht gefehlt, daß die Ueberzeugung des
Hauses noch schärfer zum Ausdruck gekommen wäre
als in der vom früheren Justizminister Franz Klein im
Namen der Mittelpartei beantragten Entschlieung, daß bei
einer endgültigen Lösung der sprachlichen Verhältnisse auch
die Geschäftssprache beider Häuser unter Aufrechterhaltung
der deutschen Verkehrssprache geregelt werden müsse. Der
Präsident des Reichsgerichts Dr. v. Grabmayr ver-
langte, daß im Gesetze über die Geschäftsordnung aus-
gesprochen werde, es müsse bis zur gesetzlichen Regelung
bei der jetzigen Uebung bleiben. Er hat durch seine prächtige
Rede stark auf einen großen Teil des Hauses gewirkt. Wenn
von den neun Stimmen, die zur Mehrheit gefehlt hatten,
auch nur fünf hinübergeschwenkt wären, hätte der Geset-
zentwurf noch einmal durch das Abgeordnetenhaus gebracht
werden müssen. Dr. v. Grabmayr hat die Kunst eines

keiten bestehen hauptsächlich in der Frage der ge-
heimen Abstimmung. Der Wahlrechtsblock fordert
eine größere Anzahl von Bezirken mit geheimer Abstimmung
als dies in dem Entwurfe der neuen Regierung vorgesehen
ist. Auch über Detailfragen sind noch Differenzen aufge-
taucht. Falls eine Vereinbarung zustande käme, würde
Graf Karolyi an die Spitze des neu zu schaffenden
sozialen Ministeriums treten. Eine frühere Kom-
bination, nach welcher dem Grafen Karolyi das Ministerium
am königlichen Hoflager zugeordnet war, mußte fallen gelassen
werden.

Heute führte Graf Esterhazy auch die überaus wichtigen
Verhandlungen mit der Apponyi-Partei in der
Ausgleichsfrage. Parteipräsident Graf Albert
Apponyi ist gestern abend wieder in Budapest eingetroffen
und pflog gleich nach seiner Ankunft eine eingehende Be-
ratung mit den Parteigenossen im Nationalkasino. Im Laufe
des heutigen Tages hatte er eingehende Konferenzen mit
dem designierten Ministerpräsidenten. Graf Esterhazy teilte
ihm mit, daß seine Formel in der Ausgleichsfrage als un-
annehmbar zu betrachten sei und daß er daher, wenn sich
seine Partei aktiv an der Regierung beteiligen wolle, einen
gangbaren Ausweg finden müsse. Graf Apponyi erklärte
sich, der allgemeinen Tendenz der Parteimitglieder weichen-
bereit, seinen Standpunkt in der Ausgleichsfrage vor dem
Präsidentrat, beziehungsweise vor die Plenarkonferenz der
Partei zu bringen. Der Präsidentrat wurde für Mittwoch,
die Plenarkonferenz für Donnerstag einberufen. Vor ihrem
Zusammentritte will Graf Apponyi noch einmal in Wien
seinen Standpunkt in der Ausgleichsfrage den kom-
petenten Faktoren gegenüber vertreten. Er hat sich
zu diesem Zwecke heute nach Wien begeben. Die
Apponyische Formel hat in ihrer heutigen Fassung
keine Aussicht, durchzudringen, doch soll es dem
Grafen Andrássy gelungen sein, einen Vermittlungsvorschlag
zu finden, der dem Standpunkte des Grafen Apponyi
Konzeptionen macht. Es fragt sich allerdings, ob Graf
Apponyi sich mit diesen Konzeptionen zufrieden geben wird.
Falls ja, werden die Präsidial- und die Plenarkonferenz
sich bereits mit einem fixen Vorschlage zu beschäftigen haben.
Betont muß werden, daß in der Apponyi-Partei eine starke
Tendenz herrscht, Konzeptionen in der Ausgleichsfrage zu
machen, um der Partei die aktive Teilnahme an der Regie-
rung zu ermöglichen. Seit geraumer Zeit kursiert sogar das
Gerücht, daß sich die Apponyi-Partei mit der
Verfassungspartei aus diesem Motive zu
fusionieren beabsichtige. Man hört auch die Meinung,
daß Graf Apponyi, wenn er unabänderlich an seinem
intransigenten Standpunkte festhält, Gefahr laufe, isoliert
zu bleiben. Die Kabinettsbildung erleidet zwar durch die
Haltung des Grafen Apponyi eine gewisse Verzögerung,
doch ist der designierte Ministerpräsident fest entschlossen,
die Kabinettsbildung noch in dieser Woche zu beenden.
Graf Esterhazy hat wiederholt nachdrücklich erklärt, daß er
seine Mission nicht als Experiment auffasse, und nicht ge-
kommen sei, sie in die Hand des Monarchen zurückzuliegen.
Er wird die Kabinettsbildung durchführen mit der Apponyi-
Partei, wenn es möglich ist, ohne sie, wenn es sein muß.

Reise des Grafen Esterhazy nach Wien.

Der designierte Ministerpräsident Graf Esterhazy
wird sich heute abend mit dem um 10 Uhr 55 Minuten
abgehenden Bruder Perionenzuge in Begleitung des
Sektionsrates im Ministerpräsidium Dr. Stephan
v. Barozzy nach Wien begeben.
Graf Esterhazy wird morgen mit dem österreichischen
Ministerpräsidenten Grafen Lam-Martinić und
dem Minister des Äußern Grafen Czernin Be-
sprechungen pflegen und auch in Audienz beim
Monarchen erscheinen, um über den Verlauf seiner
bisherigen Besprechungen Bericht zu erstatten.
Mit dem gleichen Zuge wird auch Graf Albert
Apponyi nach Wien reisen.

Freude, die Czjellenz Bilinski uns, die wir an dem Vor-
gearbeitet haben, bereiten konnte, ist, daß er seine Resolution ein-
gebracht hat, in der das Geschriebene steht, was wir uns gedacht, was
wir erhofft haben, daß nämlich im Wege von freien Verein-
barungen von Volksstimmen zu Volksstimmen, von
Parlamentspartei zu Parlamentspartei die Sprachenfrage unter
den jetzigen Verhältnissen wieder um ein Stück vorwärts geschoben
wird, wo jedermann weiß, was für Interessen am Parlament hängen,
welche kolossale Verantwortung es ist, jetzt das Parlament zu führen
und was für großen Anteil an dem Fortschritt unserer Zeit jeder
hat, der in dieser Zeit an staatlichen, an gesellschaftlichen Ein-
richtungen und an der Förderung und Stärkung der inneren Kraft
mitarbeitet. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist auch kein Widerspruch.
Und nun möchte ich an Czjellenz Bilinski und diejenigen,
die mit ihm stimmen, eine sehr dringende Bitte richten. Es könnte
nichts Schöneres geben, und es wäre wirklich ein wohlklingender
Ausschlag, wenn wir beide Resolutionen miteinander verbinden.
Sie sind — das ist ja ein Zeichen, daß beide eigentlich das Richtige
treffen — aus einem Geiste geboren, sie sind wie Vorderfuß und
Nachfuß eines Schusses. In der Resolution Bilinski ist lediglich
eine ganz kleine Modifikation vorzunehmen und sie schließt sich an.
Wir bitten die Regierung, daß sie sich die Aufgabe aneignen sein
lasse, eine Sprachenordnung im Parlament herbeizuführen, die,
auf geschichtlicher Grundlage beruhend, etwas festere Normen für den
Verkehr gibt. Daran müßte schließen: „Das Haus wolle beschließen,
die Regierung werde aufgefordert, die praktische Lösung der Frage
der Verhandlungssprache im Parlament durch Anbahnung... ufw.
in die Wege zu leiten.“ Das sind zwei Dinge, die wie Teile eines
Ganzen zueinander passen.
Wenn die gegenwärtigen Auseinandersetzungen nichts weiter
bewegten haben, als daß wir uns neuerdings dessen bewußt geworden
sind, wie notwendig es ist, nach einem rechten Ziel zu fragen, und
wie dieses Finden des rechten Zieles nur im gegenseitigen Ein-
verständnis, im gegenseitigen Entgegenkommen und in gegenseitiger
Echonung der Ansprüche, aber auch zu gleicher Zeit der Bedürfnisse
von Staat und Gesellschaft erfolgen kann, wenn dieses Bewußtsein
aus dieser Stunde hervorgeht, dann war die heutige Sitzung keine
vergebliche. (Lebhafte Beifall und Handclatschen.)
Dr. Goll erklärt, die Resolution Bilinski zeige den Weg,
der zur Verständigung in allen nationalen Fragen führen kann,
nicht nur in der Frage, die jetzt verhandelt wird, sondern überhaupt
in allen Sprachenfragen. Das Haus kam ihm dafür dankbar sein,
daß er diese Formel gefunden hat. Die andere Resolution, an deren
guten Absichten kein Zweifel sein kann, läßt sich aber mit dieser
nicht vereinbaren. Nach neuen Erfahrungen wird man nur zu dem
Resultat kommen, daß es gewisse Fragen gibt, die nicht geschlicht
gelöst werden können. Nebner erklärt, für die Resolution Bilinski
zu stimmen, dagegen nicht in der Lage zu sein, die von der Kom-
mission gestellte Resolution anzunehmen.
Graf Rudolf Czernin-Martinic: Es wird gesagt, daß von
unserer Abstimmung die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses ab-